

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Tel. 25261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10, Tel. 25261, Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6 gelblich-rosa Hauptzeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3 gelblich-rosa Hauptzeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Auftrags Erneuerung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Annahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Kleinanzeigen 80 Pf.

Nr. 26

Dresden, Dienstag den 31. Januar 1922

33. Jahrg.

Der Zerfall des britischen Reiches

Von A. Jenner, Brodowin

Wir bringen hier einen Artikel des Labour Leader „Am Vorabend großer Ereignisse in Ägypten und Indien, der Zerfall des britischen Reiches“ in deutscher Uebersetzung. Obwohl wir aus den Ergebnissen der englischen Politik während des letzten Jahres eher auf einen Neuaufbau als auf einen Zerfall Großbritanniens schließen möchten, halten wir die Ansichten des englischen sozialistischen Staates für wertvoll genug, um sie wiederzugeben.

Als kürzlich H. G. Wells die Hoffnung ausdrückte, daß in hundert Jahren das britische Reich aufgehört haben würde, zu existieren, hat er sich bestiger Kritik ausgesetzt. Wenn es im jetzigen Tempo weitergeht, wird das britische Reich noch viel früher aufhören zu existieren. Das heißt, das britische Reich als eine erzwungene Vereinigung beherrschter Nationen. Die Dominions, aus denen es besteht, werden zweifelsohne noch viele Jahre in freiwilligem Verband bleiben; bis schließlich ein allumfassender internationaler Verband die Idee der nationalen Gruppierungen ersetzen wird. Aber die Tage der unterworfenen Nationen sind gezählt.

Die neuerlichen Ereignisse in Irland haben eine Bedeutung, die weit hinausgeht über die Eröffnung einer neuen Ära in den Beziehungen zwischen England und Irland. Sie bedeuten nämlich, daß Gewaltpolitik auf die Dauer nicht die Oberhand behalten kann einem einzigen und entschlossenen Volke gegenüber. Und damit sind die Bande des Imperialismus gesprengt. Es ist unmöglich, mit Irland einen Vertrag abzuschließen, ohne früher oder später mit Ägypten und Indien Verträge abzuschließen. Und in der Tat steht Garbin im „Observer“ voraus, daß Lloyd George bei den nächsten Wahlen unter anderem sich den Auftrag erbitten wird, die ägyptische und die indische Frage beizulegen, wie er die irische Frage beigelegt hat.

Aber dem Ministerpräsidenten wird die Erfüllung dieser Aufgabe schwer fallen. Schwerer als die Lösung der irischen Frage. In Ägypten ist es schon so schlimm, daß es kaum zu einem Kompromiß noch kommen wird. Zudem ist so groß, daß die Minorität, die sich gegen einen Kompromiß stemmt, von allem Anfang an viele Schwierigkeiten verursachen wird, und um so zahlreichere Schwierigkeiten, je längere Zeit hingehet.

Es ist nicht nötig, die Geschichte der englischen Herrschaft in Ägypten in Einzelheiten zu wiederholen — die Geschichte, wie englische Geldverleiher den Ägypten in Schulden begruben, wie die britische Armee sandete, um die Ordnung wiederherzustellen und die Schulden einzutreiben, wie die englische Regierung versprochen, die Truppen zurückzuziehen, sobald die Ordnung hergestellt sei, wie die Regierung verlängert wurde, wie die englische Regierung während des Krieges ein Protektorat über Ägypten erklärte, wie das ägyptische Volk sich weigerte, das Protektorat anzuerkennen, und wie die Milnerische Kommission sich genötigt sah, die Zurückziehung des Protektorats zu empfehlen. Das sind die Hauptpunkte dieser Geschichte, die ein kolossales Beispiel von Imperialismus ist.

Der Bericht der Milnerischen Kommission befriedigte die ägyptischen Nationalisten keineswegs, aber es kann kaum Zweifel bestehen, daß er wenigstens die Basis eines Ueberkommens hätte bilden können, wenn er von der englischen Regierung sofort großzügig angenommen worden wäre. An Stelle einer Annahme aber gab es unentscheidbare Verzögerung und bei gewissen Mitgliedern der Regierung kaum verhüllten Widerspruch. Lord Curzon und Winston Churchill waren von Anfang an entschlossen, ihn verkündigen zu lassen.

Warum? Weil Ägypten ein unvergleichlich strategischer Mittelpunkt für militärische Zwecke ist. Es ist anerkannt, daß der nächste Krieg in der Hauptsache mit Flugzeugen ausgetragen werden wird, und Ägypten ist als Luftschiffstation der Schlüssel der alten Welt. Es liegt an der Ecke Europas, Asiens und Afrikas; von da aus können Luftflotten über alle drei Kontinente ausgesandt werden. Außerdem beherrscht die Beherrscher Ägyptens den Suezkanal und damit den Seeweg nach Indien, Australien und den fernsten Osten. Für diejenigen, welche imperialistisch und kriegerisch denken, ist die Notwendigkeit, Ägypten dem britischen Reich einzugliedern, ein Hauptpunkt ihres politischen Glaubensbekenntnisses.

Die Ägypter waren bereit, zu gestatten, daß britische Truppen längs des Suezkanals stationiert würden. Aber Lord Curzon und Churchill, und unter ihrer Führung das Kabinett, bestanden auf 1. Beibehaltung von Truppen im Innern des Landes, 2. Kontrolle der ägyptischen auswärtigen Politik, und 3. einem Vetorecht in der Finanz- und inneren Politik. Dies kam auf eine Beibehaltung des Protektorats hinaus, und das wollten weder die ägyptische gemäßigtere Partei noch die sogenannten Extremisten annehmen. Adly und seine Regierung traten zurück und es fand sich kein Ägypter, der ihre Stellen einnehmen wollte, hingegen wurde Saghi, der Führer der Extremisten, wiederum der Vertreter eines geehrten Volkes. Leute, die mit den ägyptischen Verhältnissen vertraut waren, waren sich immer bewußt, daß Adly keinen Rückhalt beim Volke hatte und das Saghi die Stimme Ägyptens repräsentierte. Diese Tatsache ist nun der ganzen Welt bekannt geworden.

Moskau und Genua

Wie der Ost-Express von unterrichteter Seite erfährt, wird Lenin, obgleich er sich zum Vorsitzenden der russischen Delegation für Genua hat wählen lassen, doch nicht persönlich nach Genua reisen. Er wird indessen den Vorsitz der Delegation offiziell beibehalten, und, soweit dies durch Telegraphie und Zusendungen möglich ist, die Verhandlungen der russischen Delegation von Moskau aus leiten.

Eine Reihe von Arbeiterorganisationen und Betrieben beschloß, nach einer Moskauer Meldung, daß die Abreise Lenins absolut unzulässig sei, da sein Leben im Auslande gefährdet werden könnte.

In den nächsten Tagen wird der sowjetrussische Vertreter in Italien Borowski auf der Reise von Moskau nach Rom Berlin passieren. Borowski soll die nötigen Vorbereitungen für die Aufnahme der Sowjetdelegation in Genua treffen, die außer den bevollmächtigten Mitgliedern 30 bis 40 Sachverständige und Hilfspersonal umfassen wird.

Die Volkskommissariate sind zur Zeit mit der Feststellung der Schäden beschäftigt, die Rußland aus der Unterdrückung Denikins, Koltschaks, Judenitsch und Wrangels durch die Entente erlitten hat. Die Sowjetregierung beabsichtigt, in Genua für diese Schäden Ersatz zu verlangen.

Eine Rede Tschitscherins

Vor der Wahl der russischen Delegation für Genua hielt der Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin eine große Rede, worin er die Einladung der Sowjetregierung nach Genua besprach. Er sagte u. a.:

Die Politik Lloyd Georges sei in Bezug auf Sowjetrußland schon längst nicht unbedingt unveränderlich. Bereits vor drei Jahren habe Lloyd George die Forderung nach einer internationalen Konferenz mit Beteiligung Sowjetrußlands aufgestellt. Die Sowjetregierung habe von jeder den englisch-russischen Handelsvertrag als Prolog zu einem allgemeinen Friedensvertrag zwischen Sowjetrußland und den übrigen europäischen Staaten betrachtet. In der Parole „Frieden und Handel“ stimme die Sowjetregierung mit Lloyd George vollkommen überein, ungenügend aller grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Rußland wüßte anständig eine gemeinschaftliche Arbeit mit den kapitalistischen Staaten wieder aufzurichten. Rußland ist bereit gewesen, alle Hindernisse auf diesem Wege zu beseitigen und habe daher seine

prinzipielle Bereitschaft zur Anerkennung der Unabhängigkeiten befestigt. Die drei Hauptgründe der Verfeinerung der internationalen Lage Sowjetrußland seien: die wirtschaftliche Bedeutung Rußlands; die militärische Macht des Sowjetstaates und der politische Einfluß Rußlands im Osten. Die Sowjetregierung werde mit allen Mitteln eine wirtschaftliche Unterjochung Rußlands durch das Ausland zu verhindern bestrebt sein. Die Politik Frankreichs sei derjenigen Englands direkt entgegengesetzt gewesen. Aber die von Frankreich gewünschte Restauration des Monarchismus in Rußland würde auch die Wiederaufrichtung der Monarchie in Deutschland zur Folge haben, so daß Frankreich durch seine anti-sowjetische Politik der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus vorarbeitete. Mäßigkeit sei die Haltung der Vereinigten Staaten, die sich bis jetzt jeder Wiederaufnahme offizieller Beziehungen mit Sowjetrußland hartnäckig widersetzen. Auf der Konferenz von Genua, so erklärte Tschitscherin zum Schluß, werde der allgemeine Friede abgeschlossen werden. Der 27. Januar, an dem die russische Delegation für Genua abgeht, werde, sei ein bedeutsamer Tag in der Geschichte Sowjetrußlands.

Ein amerikanisch-französischer Konflikt? Harding verweigert Botschafter Jufferand den Empfang

London, 28. Januar.

Einer Washingtoner Depesche der Morningpost zufolge lehnt Präsident Harding ab in den letzten Tagen zweimal, ab den französischen Botschafter Jufferand zu empfangen. Das erstmal verweigert er den französischen Botschafter an das Staatsdepartement. Trotzdem machte Jufferand einen zweiten Versuch, wurde aber auch diesmal abgelehnt. Jufferand begab sich darauf in das Staatsdepartement, wurde aber nicht vom Staatssekretär Hughes, sondern vom Unterstaatssekretär empfangen. Jufferand empfand diese Beleidigung um so tiefer, als er nicht nur französischer Botschafter in Washington, sondern auch Botschafter des vertigen diplomatischen Korps ist. Er besaß eine Recht auf eine Audienz beim Präsidenten, doch lehnte es das Staatsdepartement ab, diese Rechte nachzugeben.

Grundverschieden von dieser Haltung des Präsidenten ist diejenige, die er dem englischen Botschafter in Washington, Noelton Hobbes, gegenüber an den Tag legte: Vorgerufen fand ein großer Ball statt, den der Botschafter Hobbes in Begleitung seiner Gemahlin besuchte. Präsident Harding, der gleichfalls anwesend war, begab sich in die Lage des englischen Botschafter und hat ihn, Frau Hobbes Gesellschaft leisten zu dürfen, während er, Hobbes, die Lage der Frau Harding aufsuchen und sie unterhalten wollte.

Der drohende Eisenbahnerstreik

Das Reichskabinett hat sich, wie aus Berlin gemeldet wird, bis gestern abend eingehend mit dem angebrohenen Streik eines Teiles der Reichseisenbahnbeamten beschäftigt. Man war sich darüber einig, daß die unvermeidliche politische Folge dieses Streiks die Verstärkung der Vorrechte des deutschen Beamtenstandes sein müsse. Es ist die geschlossene Auffassung der Reichsregierung, daß der Streik mit den Bestimmungen und dem Willen des Beamtenrechts völlig unvereinbar ist. Die Reichsregierung richtet deshalb an alle in Betracht kommenden Kreise die dringende Warnung, sich nicht zu Handlungen verleiten zu lassen, die für die Gestaltung ihrer Zukunft verhängnisvoll sein würden. Die innere und äußere Lage unseres Landes duldet es nicht, daß von verantwortungsvoller Seite durch Verletzung des Eisenbahnverkehrs, die Hand an die Gurgel des Staates gelegt wird, wie der von der radikalen Seite beliebte Ausdruck lautet. Die Reichsregierung wird deshalb im gegebenen Moment mit äußerster Energie gegenwärtige Bestrebungen vorgehen. — Die Eisenbahnverwaltung hat alle Maßnahmen getroffen, um den Eisenbahnverkehr soweit wie möglich aufrechtzuerhalten, insbesondere um die Lebensmittel- und Kohlenversorgung zu sichern. Zum Schutze der Arbeitswilligen sollen Schutzpolizeibeamte herangezogen werden. Auch zur Verhinderung der Bahnüberwachung wird noch besonders geeignetes Personal aufbehalten werden.

Nach dem Berliner Vorantzoger zum Schluß eingeleitet worden, um mit Hilfe des parlamentarischen Beamtenausschusses nochmals die Regierung zu erneuten Verhandlungen mit den Vertretern der Eisenbahnorganisationen zu bewegen.

Den Plätzen zufolge hat der Deutsche Beamtenbund, dem die Reichsgewerkschaft als Unterverband angehört, gestern abend einen Vorstandsbeschluss veröffentlicht, in dem er die Umstände würdigt, die die Reichsgewerkschaft zum Ultimatum geführt hätten. Der Deutsche Beamtenbund erwarte, daß die Reichsregierung den drohenden Konflikt mit der Reichsgewerkschaft noch abwenden und im Sinne der gestellten Forderungen sofort die Verhandlungen mit ihr wieder aufnehmen werde.

Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft tritt am heutigen Dienstag zusammen. Es wird in dieser Sitzung nicht nur eine scharfe Opposition gegen den Beschluß vom 24. Januar, sondern auch eine Revision dieses Be-

schlusses erwartet. Im Interesse des Ansehens der Beamten möchten wir wünschen, daß mindestens beschlossene, den Streik nicht eher zu proklamieren, bis die schon webenden Verhandlungen beendet sind.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hält heute eine Vorstandssitzung ab, um zu der durch das Ultimatum der Reichsgewerkschaft, das bekanntlich am 1. Februar abläuft, geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Die Fachgewerkschaft 6 der Reichsgewerkschaft, in der mittlere und obere Beamte, wie z. B. Oberbahnhofsbeamte, Betriebsingenieure, Oberleitende usw., organisiert sind, hat am Sonntag auf einem außerordentlichen Fachtag beschlossen, der Streikparole der Reichsgewerkschaft keine Gefolgschaft zu leisten. Der Beschluß wurde nach sehr gründlicher Aussprache einstimmig gefaßt, da man zu der Ueberzeugung gekommen war, daß der erweiterte Vorstand statutenwidrig gehandelt habe, als er durch seinen Beschluß die Urabstimmung unter den Mitgliedern verhinderte. Ferner wurde allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der erweiterte Vorstand bei Aufstellung seiner Forderungen, die für das Reich eine Mehrbelastung von 50 bis 60 Milliarden ergeben würde, auf die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands nicht die erforderliche Rücksicht genommen habe.

Im Falle eines Eisenbahnerausstandes soll, wie bekannt, das besetzte Gebiet von dem Streik aus geschlossen werden. Man will hierdurch vermeiden, daß Frankreich einen deutschen Eisenbahnerstreik für separatistischen Blaine ansieht.

Eine Ente

Die Jungferns Reise teilte mit, die Reichsgewerkschaft, der deutsche Eisenbahnbeamten und -arbeiter hat sich durch Vermittlung des Provinzialverbandes Rheinland der Deutschen Beamtenbünde an die Internationales Rheinland Kommission gewendet und ihr mitgeteilt, daß die Reichsgewerkschaft am Montag in den Streik treten werde. Diese Meldung ist von Anfang bis zu Ende erfunden. Die Reichsgewerkschaft hat einen solchen Schritt nicht unternommen.

Ein Antistreit-Reichsgesetz?

Berlin, 31. Januar. Die verlaute, ist am Montag in Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Führern der Parteien erzwungen worden, ob nicht durch ein Reichsgesetz, das innerhalb 24 Stunden geschaffen werden könne, ein ausdrückliches Verbot des Beamtenstreiks ausgesprochen werden kann.